

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

6.3.1930 (No. 56)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsangehörigen
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Querzeile Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabate, bei größeren Abnahmen gilt und bevorzugen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizipische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontroversverfahren fällt der falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abrechnung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralstellenblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der kommunistische „Weltkampf“ Große Marmitufe in Berlin

Der „Weltkampf“, der für heute, Donnerstag, nach dem kommunistischen Jargon „im internationalen Maßstab“ angelegt ist, hat in Berlin bereits am Mittwoch trübe Schatten geworfen. Es kam an einigen Stellen der Stadt zur Bildung kleiner Probedemonstrationszüge, der Polizei wurde hier und da Widerstand geleistet, ja — es fielen aus der Menge sogar Schüsse, die zum Glück niemanden trafen. Einige Personen, die den Anordnungen der Polizeibeamten Widerstand entgegensetzten, wurden in Haft genommen.

Die Polizei hat für heute umfassende Einrichtungen getroffen. Es ist die große Marmitufe eingerichtet worden. Es stehen den Behörden 7000 Schutzleute zur Verfügung, außerdem sind Reservemannschaften in Bereitschaft. Bis gegen 2 Uhr nachmittags werden sich die Maßnahmen der Polizei wohl nicht übermäßig bemerkbar machen, von 2 Uhr an aber soll auch auf den Straßen der höchste Bereitschaftsgrad eingeleitet werden; Beamte zu Pferde, zu Fuß, auf Schnellautos, auf Motorrädern und Kraftwagen der Polizei.

Wie ernst die Lage von den Behörden aufgefaßt wird, geht u. a. daraus hervor, daß heute die Polizeibatroneilen zu Fuß den Dienst in einer Stärke von mindestens vier Mann zu versehen haben. Diese Batroneilen sollen zunächst nur mit ihren gewöhnlichen Waffen auf die Straße: Gummiknüppel, Pistole, Seitengewehr. Andere Waffen wie Karabiner und Bergleiden werden für den Notfall in Bereitschaft gehalten.

Besondere Aufmerksamkeit genießt die Berliner Polizei den öffentlichen Gebäuden der Stadt, Kreuzens und des Reiches, sowie den großen Fabriken zuzuwenden. Durch Abriegelungen und sonstige Maßnahmen wird sie dafür sorgen, daß die Weltkampftagegruppe bei weitem nicht so heftig gesehen wird, wie die Kommunisten sie zu kochen versucht haben.

Nach den kommunistischen Instruktionen sollen sämtliche Frontkämpfer heute in Sturmuniform auf die Straße gehen. Die Polizei rechnet damit, daß die Kommunisten dieselbe Taktik einschlagen, wie am 1. Februar und versuchen werden, an den Stempelstellen Erwerbslose zu versammeln, die sich dann an bestimmten Zentralpunkten vereinigen sollen. Die kommunistische „Welt am Abend“ berichtet bereits triumphierend, daß sich irgendwo in Berlin einige Hundert Frontkämpferleute in Uniform und mit Fahnen sammelten konnten, und sie kündigen an, daß die Kommunisten sich auch heute das „Recht auf die Straße“ nicht nehmen lassen würden. Die interessierten Behörden sind aber der Ansicht, daß nur mit totalen Zusammenstößen zu rechnen ist.

Den Grund für die sogenannte kommunistische Aktion, die sich ja nicht nur auf Deutschland, sondern auf die ganze Welt erstreckt, muß man einmal in dem Versuch sehen, die Stimmung der Arbeitslosen für die kommunistische Welle auszuwerten. Dazu kommt noch die Propagandawirkung, die nach Ansicht unterrichteter Kreise von der Dritten Internationale beabsichtigt ist. Dem russischen Volk soll ein neuer Beweis dafür geliefert werden, daß die Weltrevolution auf dem Marsch ist. Außerdem sollen die Demonstrationen offenbar eine Warnung sein, die die nichtsozialistische Welt als eine Antwort auf die zahlreichen Kritiken und Angriffe aufzufassen hat, die in der letzten Zeit gegen Moskau bekanntgeworden sind.

Bisher ruhiger Vormittag in Berlin

W.D. Berlin, 6. März (Tel.). Bis vormittags um 11 Uhr ist in Berlin alles ruhig geblieben. Die üblichen Polizeiposten sind vorläufig nicht verstärkt. Die Stempelstellen der Arbeitslosen und die Arbeitsnachweise sowie alle öffentlichen Gebäude werden von der Polizei beobachtet. Von der großen Marmitufe, in der sich die Polizei befindet, ist nichts zu merken, da sich die Polizei sehr zurückhält. Da nach wie vor das Demonstrationsverbot besteht, ist die Polizei aber gewillt, jede kleine Ansammlung sofort im Keime zu unterdrücken. Für die Nachmittags- und Abendstunden sind sehr viele Versammlungen der Kommunisten bzw. Arbeitslosen in Lokalen angelegt, die unter polizeilicher Beobachtung stehen werden.

Für Wirtschaftsruhe und -frieden

Ein Appell an Reichsregierung und Parteien

W.D. Leipzig, 6. März. Die Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Messe e. V., der rund 4500 Einzelmitglieder und 225 Körperschaftliche Mitglieder angehören, beschäufte sich gestern abend in ihrer auf der Leipziger Frühjahrsmesse abgehaltenen Mitgliederversammlung mit der unsicheren, jede Unternehmenslust hemmenden Lage, die durch die Unklarheit des Schicksals der politischen Gesetzesvorlagen der Reichsregierung und ihrer Finanzreformpläne entstanden ist. Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die besagt: „Die harten Kämpfe, die die Wirtschaft ohnehin angeht, der schwierigen Verhältnisse am Binnenmarkt und der nachlassenden Konjunktur in den für die deutsche Warenexport wichtigste Länder zu führen hat, fordern gebieterisch, daß der Fortdauernden, durch parteipolitische Zwistigkeiten herbeigeführten Unruhe endlich ein Ziel gesetzt wird, wenn nicht alle Bemühungen in Industrie und Handel sich zum Besten des Gesamtwohles unseres Vaterlandes durchzusetzen, vergeblich sein sollen. Die Versammlung stellt fest, daß die Geschäftsentwicklung infolge des jetzigen Schwerezustandes in schwerster Weise leidet und zum Stillstand zu kommen droht. Sie richtet an die Reichsregierung und an alle Parteien des Reichstags das dringende Ersuchen, der Wirtschaft Ruhe und inneren Frieden wiederzugeben und damit die erste Grundlage förderlicher Arbeit und des Wieder-aufstieges zu schaffen.“

Letzte Nachrichten

Großadmiral von Tirpitz †

W.D. München, 6. März. Großadmiral v. Tirpitz ist heute vormittag im Alter von nahezu 81 Jahren im Sanatorium Ebenhausen im Isartal gestorben.

Alfred Friedrich v. Tirpitz wurde am 11. März 1849 in Küstern als Sohn eines Appellationsgerichtsrats geboren. Er trat im April 1865 als Kadett in die damals preussische Marine ein und wurde 1893 Unterleutnant zur See. Im Jahre 1900 wurde ihm der erbliche Adelsstand verliehen. Im Jahre 1911 wurde er zum Großadmiral befördert. Tirpitz, der früher rein politisch wenig hervorgetreten ist, wurde 1897 zum Staatssekretär des Reichsmarineamts und 1898 zum preussischen Staatsminister ernannt. Im Jahre 1908 wurde er ins preussische Herrenhaus berufen.

Die Entwicklung der deutschen Flotte ist von seinem Namen nicht zu trennen. Durch die Flottenmodelle von 1897 schuf er die Grundlage zu dem Ausbau der Flotte nach einem auf eine Reihe von Jahren festgelegten Bauplan, der durch das Flottengesetz von 1900 erweitert wurde. Im März 1916 trat Großadmiral v. Tirpitz von der Leitung des Reichsmarineamts zurück. Gleich nach Kriegsausbruch war er für ein energisches sofortiges Einsetzen der Flotte gewesen, und hatte sich immer gegen den Gedanken gewendet, die Flotte bis zu einem besonders günstigen Zeitpunkt aufzusparen. Den unmittelbaren Anlaß zu seinem Rücktritt gab dann die vorläufige Einstellung des Ubootkrieges.

Nach dem Kriege wurde der Verstorbenen im Mai 1924 für Oberbayer als deutschnationaler Abgeordneter in den Reichstag gewählt. In den Reichstagswahlen von 1928 kandidierte er nicht mehr. Im April 1928 ernannte ihn die deutschnationale Volkspartei zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Das Ultimatum Ghandis

Indiens Forderungen an England

W.D. London, 6. März (Tel.). Der Reuters-Korrespondent in Ahmedabad meldet den Wortlaut des Ultimatum, das Ghandi an den Vizekönig gerichtet hat.

Der Vizekönig wird in dem Schreiben mit „Nieder Freund!“ angeredet. Ghandi gibt darin dem Wünsche Ausdruck, vor dem entscheidenden Schritt, den er jetzt tun müsse, noch einmal beim Vizekönig anzufordern, ob er einen Ausweg aus der Situation wisse, deren Eintreten der Verfasser des Briefes, wie er sagt, seit Jahren befürchtet hat. Das Ultimatum, das Herrschaft der Engländer in Indien für einen Fluch halte, sei bekannt, er gebe aber die Versicherung, daß die einzuleitende Aktion das Leben wie die „berühmtesten“ Interessen englischer Staatsangehöriger in Indien unangeführt lassen werde. Der Vizekönig habe Indien den Dominion-Status in Aussicht gestellt. Dann brauche es aber auch niemanden zu erschrecken, wenn man in Indien Resolutionen fasse, die für die Unabhängigkeit Indiens eintreten. Wenn Dominion-Status im Munde des Vizekönigs daselbe bedeute wie sonst im Sprachgebrauch, so laufe es auf so gut wie völlige Unabhängigkeit hinaus. Allerdings habe es sich immer deutlicher gezeigt, daß England in Wirklichkeit keine Politik betreiben werde, die der Ausbeutung Indiens ein Ende zu machen geeignet sei.

Da gleichzeitig unter den Anhängern der indischen Unabhängigkeit die Partei immer größeren Einfluß gewinne, die für die gewalttätige Loslösung eintrete, halte es Ghandi für seine Pflicht, seine abwartende Haltung aufzugeben. Seine Aktion, deren beherrschende Idee der Verzicht auf alle Anwendung von Gewalt sei, werde durch Verweigerung der staatsbürgerlichen Pflichten zur Durchführung kommen. Falls der Vizekönig nicht noch einen Ausweg finden sollte, werde Ghandi am 11. März aus seinem Seminar hinausziehen, um seinen Feldzug zu beginnen. Er stelle es dem Vizekönig anheim, seine Pläne zu durchkreuzen, indem er ihn festnehmen lasse. Er hoffe aber, daß Zehntausende sich finden würden, um an seine Stelle zu treten.

Das deutsch-amerikanische Schuldenabkommen

W.D. Washington, 6. März (Tel.). Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Repräsentantenhauses hat das Abkommen über die Regelung der deutschen Kriegsschulden eingebracht. Die Verhandlungen des Ausschusses begannen am Montag zunächst mit der Anhörung von Vertretern des Schatzamtes als Sachverständige.

Tardieu besucht Macdonald

W.D. Paris, 6. März (Tel.). Die französische Delegation für die Flottenkonferenz, unter Führung von Außenminister Briand, fährt heute mittag nach London. „Echo de Paris“ hält es nicht für unwahrscheinlich, daß Tardieu Macdonald in Chesquiere einen Wochenbesuch machen wird.

Der englische Marinestat

W.D. London, 6. März (Tel.). Der parlamentarische Korrespondent des Arbeiterblattes „Daily Herald“ meldet, daß der diesjährige Marinestat um 4 Millionen Pfund Sterling herabgesetzt werde und nur noch 52 Millionen Pfund betragen solle. Dies sei die niedrigste Zahl seit Beendigung des Krieges.

Ungeklärte Lage in China

W.D. London, 6. März (Tel.). Der Pekinger Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Obwohl sich in Schantung und Honan starke Armeen feindselig gegenüberstehen, herrscht im Norden eine optimistische Stimmung. Die Vantiers und Kaufleute üben einen starken Druck aus, um einen neuen allgemeinen Krieg zu verhindern, und es wird auf eine Einigung zwischen Tschiangkaiſchek und Pentschan gehofft.

* Das Einigungskompromiß im Kabinett

Der Reichsfinanzminister hat mit seinen neuen Vorlagen in Sachen der Reichsfinanzreform die Zustimmung des Kabinetts gefunden. Die Vorlagen sind bereits dem Reichsrat zugeleitet worden. Auch die Fraktionen der Regierungskoalition haben sich mit ihnen beschäftigt, ohne allerdings bis jetzt zu entscheidenden Beschlüssen gelangt zu sein.

Die Vorlagen beziehen sich auf die bekannten Punkte der Biersteuer- und Mineralwassersteuererhöhung. Ferner soll der Benzinzoll von 6 auf 10 Pf. erhöht und ein Benzinzoll von 6 Pf. pro Liter eingeführt werden. Die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle ist ja bereits in der vorigen Woche erfolgt. Alles in allem soll das ein Plus von 475 Millionen ergeben, von denen 170 Millionen den Ländern zufallen.

Die Schwierigkeiten bei der Beratung der Reichsfinanzreform im Kabinett lagen aber bekanntlich nicht auf dem Gebiet dieser Vorschläge, sondern auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung hat je länger je mehr den Reichsetat in einer Weise belastet, daß an eine ordentliche Finanzwirtschaft überhaupt nicht mehr zu denken war. 250 Millionen sind dazu nötig, um die Arbeitslosenversicherung zu sanieren.

Für unsere gesamte Finanzwirtschaft ist es kein gutes Zeichen, daß man diese 250 Millionen nun nicht etwa aus Steuerüberschüssen oder aus einer von der Wirtschaft selbst ohne Gefahr zu zahlenden Umlage heraus aufbringen kann, sondern daß man auch hier teils Substanz veräußert, teils einer kaum noch lebensfähigen Wirtschaft neue Lasten aufbürdet. Wenn jetzt 100 Millionen für die Arbeitslosenversicherung dadurch flüssig gemacht werden, daß man Reichsvorzugsaktien in dem gleichen Betrage veräußert, so heißt das eben, daß das Vermögen des Reiches, sein Bestand an sicheren Titeln, um 100 Millionen verringert wird. Diese 100 Millionen sind dann fort und werden wahrscheinlich eines Tages am anderen Plage fehlen. Und wenn man jetzt aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen 50 Millionen herausnimmt und sie der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung stellt, so müssen diese 50 Millionen praktisch von einer Wirtschaft aufgebracht werden, die nicht bloß infolge der nun einmal gegebenen mißlichen Verhältnisse, sondern auch infolge einer unzumutbaren Wirtschaftspolitik am Ende ihrer Kräfte angelangt ist, und der man diese Tatsache durch das Versprechen einer Steuererhöhung von 600 Millionen im nächsten Jahr jetzt in feierlicher Form bestätigen will.

Verminderung der Vermögenssubstanz und kaum noch zu vertretende Neubelastung der Wirtschaft: das sind die beiden Mittel, mit denen man jene 150 Millionen aufbringen will. Die restlichen 100 Millionen sollen in der Weise aufgebracht werden, daß die Versicherungsanstalt für Arbeitslosenversicherung das Recht erhält, von sich aus die Beiträge zu erhöhen. Gedacht ist an Erhöhungen von 1/4 oder 1/2 Prozent. Es ist richtig, daß, wenn die Beiträge erhöht werden, ein Zurückgreifen auf allgemeine Mittel nicht mehr erforderlich sein wird. Aber auch diese 70 bis 100 Millionen werden im wesentlichen von der Wirtschaft aufgebracht werden müssen! Fraglich ist bei alledem, ob der Verwaltungsrat der Versicherungsanstalt die Zweidrittelmehrheit aufbringen wird, um die Erhöhung der Beiträge zu beschließen. Was geschieht, wenn die Beitragserhöhung nicht zustande kommt?

Dem Verwaltungsrat soll weiterhin die Auflage gemacht werden, ganz bestimmte Reformvorschlüsse auszuarbeiten. Aber die Sozialdemokratie hat die Bestimmung durchgedrückt, daß diese Reformvorschlüsse nicht etwa autonom vom Verwaltungsrat beschließen werden dürfen, sondern nur in der Form eines Reichsgesetzes, also unter Zustimmung des Reichstags verabschiedet werden können.

Gesetzt den Fall, daß der Verwaltungsrat die Beitragserhöhung beschließt, würde ja rein rechnerisch die Gesamtziffer, die der Reichsfinanzminister zur Sanierung der Reichsfinanzen braucht, erreicht sein. Doch weiß man heute noch nicht, ob die Parteien dem Programm zustimmen werden. Zunächst haben sich eigentlich alle Fraktionen ihre Stellungnahme vorbehalten.

Erleichtert wird den Fraktionen ihre Entschließung durch eine Reihe weiterer Vorlagen und Entschlüsse des Reichskabinetts. Vor allem hat das Reichskabinett einen

Mit der Beilage: 30. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Beschluß gefaßt, nach welchem im nächsten Jahre eine Steuerentlastung in der Gesamthöhe von mindestens 600 Millionen stattfinden soll. Eine praktische Auswirkung findet dieser Beschluß in einer Vorlage, betreffend Senkung der Einkommensteuer vom 1. April 1931 an. Durch Herabsetzung des steuerfreien Existenzminimums auf 1440 Reichsmark jährlich und durch ganz bestimmte Neuregelungen des Steuerarfs soll eine durchschnittliche Senkung der Einkommensteuer um 12,5 Proz. mit einer Gesamtermäßigung des Steuerbetrages um 350 Millionen erreicht werden. Ferner soll die Lohnsteuerrückerstattung beseitigt werden. Diese Lohnsteuerrückerstattung hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß durchschnittlich 3,5 Millionen Anträge auf Rückerstattung eingingen! Die Rückerstattungsbeträge umfaßten etwa 20 Millionen pro Jahr; die Verwaltungskosten dafür betrugen aber allein 15 Millionen! Schließlich denkt man noch an eine Senkung der Lohnsteuer.

Das ist das Programm. Es erfüllt, wie wir zu einzelnen Punkten bereits oben ausführten, durchaus nicht alle Wünsche und gibt zur Kritik mancherlei Anlaß. Aber es hat andererseits auch seine Vorzüge und stellt wohl nach Lage der Dinge das beste Kompromiß dar, das überhaupt zu erreichen war, wenn man die Regierungskrisis in diesem Augenblick vermeiden will. Falls die Fraktionen der Koalition dem Programm zustimmen und im Reichstag keine peinlichen Überraschungen erfolgen, wird das Programm wohl durchgehen. Unter dieser Voraussetzung will auch das Zentrum der sofortigen Erledigung der Young-Gesetze keine Schwierigkeiten mehr bereiten. Allerdings versteht das Zentrum unter der Erfüllung dieser Voraussetzung, daß jetzt schon alle Regierungsparteien sich bindend auf das Programm verpflichten.

Im Hinblick auf die Young-Gesetze wäre es sicherlich zu begrüßen, wenn eine Regierungskrisis in diesem Augenblick vermieden würde. Schon die nächsten Tage werden zeigen, ob das möglich ist. Kenner der parlamentarischen Situation in Berlin nehmen aber an, daß das nur eine Art Zeitgewinn bedeuten würde. Denn nach wie vor besteht ja innerhalb der Regierungskoalition über das wichtigste Problem der nächsten Jahre, über das Problem der Sanierung unserer Wirtschaft, keine Übereinstimmung. Und ferner hegt man ernste Zweifel, ob alle die Beträge des Finanzreformprogramms, die man aus der Wirtschaft herauszuholen erhofft, auch wirklich aufgebracht werden, oder ob nicht die neuen Belastungen nur noch zu weiteren Schädigungen der Wirtschaft und damit zu neuer Arbeitslosigkeit und zu neuen Steuerrückgängen auf dem Gebiet der schon gültigen Steuern führen werden. Die Entscheidung wird — so kalkuliert man vielfach — ganz sicher in der nächsten Zeit einmal fallen müssen. Wenn man der deutschen Wirtschaft, den schaffenden Ständen unseres Volkes so viele Lasten auferlegt, muß man durch eine zweckmäßige Politik auch dafür sorgen, daß sie diese Lasten tragen können; daß sie alle jene Mittel aus eigener Kraft aufbringen, die man für die Erledigung der öffentlichen Aufgaben und für die Auffüllung des Steuerfäßels gebraucht.

700 Tote in Südfrankreich

WTB. Paris, 6. März (Tel.) Das „Petit Journal“ beziffert die Zahl der Opfer im Überschwemmungsgebiet außer etwa 200 Toten in Nizza und 100 Toten in Montauban, in den umliegenden Dörfern auf etwa 400, so daß sich eine Gesamtzahl von 700 Todesopfern ergeben würde.

Nach dem Rezept des Hauptmanns von Köpenick

Haben in Rom zwei Ladendiebe gearbeitet, die gestern ein Juweliergeschäft in Rom gründlich ausgeplündert haben. Der Juwelier sah sich plötzlich einem Offizier und einem Feldwebel der Carabinieri gegenüber, die im Amstion erklärten, es sei Diebesgut im Laden, und sie hätten Auftrag, es im Wege einer Hausdurchsuchung festzustellen und zu beschlagnahmen. Die Hausdurchsuchung erfolgte, und es ist wohl kaum nötig zu berichten, daß die kostbarsten und am leichtesten zu transportierenden Stücke der Beschlagnahme verfielen. Damit begnügten sich jedoch die beiden Carabinieri nicht; sie verhafteten auch noch den Besitzer des Geschäfts und lieferten ihn in aller Form im Gefängnis ab. Erst als sie unbehelligt verschwinden waren, entdeckte man, daß der Hauptfeldwebel eine gefälschte Fälschung darstellte und die Beamten verteidete Diebe gewesen waren.

In der Nacht ist im Riesengebirge Schneefall eingetreten, der im Hochgebirge bei 8 Grad Kälte zur Zeit noch anhält. Im Gebirge sind bisher etwa 10 Zentimeter Neuschnee gefallen. Auch im Tal schneit es zeitweise.

Auf dem Güterbahnhof Westend in Berlin entstand kurz nach Mitternacht aus noch nicht aufgeklärter Ursache ein Feuer, das sich infolge des herrschenden Windes schnell ausbreitete. Die Glammen fanden an den dort vorhandenen Sozialkästen, Kohlenlagern, Garagen und Wohnbaracken reichliche Nahrung und befeuert bald ein Gelände von rund 2500 Quadratmeter. Die Feuerwehre konnte nach angestrengtester Arbeit den Brand gegen 2 Uhr nachts eindämmen.

Der Verwalter des fürstlich Wittgensteinschen Besitzes, Kammerdirektor Dr. Reimer in Verleburg, hat in seiner Villa seine Frau und sich selbst erschossen. Über die Beweggründe zu der nach den hinterlassenen Briefen mit voller Überlegung und im Einverständnis mit seiner Frau ausgeführten Tat ist noch nichts bekannt.

In Neval (Estland) feuerte bei einem Probealarm für die Garntion und für die Bürgerwehr eine Patrouille in der Dunkelheit auf ein Automobil, in dem sich der Generalstabschef, General Loeband, und zwei andere Offiziere befanden. Durch die Schüsse wurde ein Offizier getötet und der General leicht verletzt. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der Chauffeur nicht sofort auf den Anruf hin das Auto zum Stehen bringen konnte, da die Straße an der betreffenden Stelle sehr abschüssig ist.

Drei Frauen, die als Mitglieder des Forschungsinstituts des Gesundheitsministeriums in New York seit mehreren Wochen die Papageientranke studiert haben, sind ihr selbst zum Opfer gefallen und liegen bedenklich darnieder.

Das neue Finanzprogramm

Entscheidung im Kabinett

Wittwoch nachmittag gelang es nach einwöchiger Verzögerung, innerhalb der Reichsregierung endlich, sich über die Deckung des neuen Etats zu einigen. Dabei haben sowohl die sozialdemokratischen wie die volksparteilichen Minister einige Konzessionen gemacht.

Seitdem man sich darüber verständigt hatte, den Fehlbetrag von 1928 mit 154 Millionen auf die Speisung des Tilgungsfonds von 450 Millionen anzurechnen, hatte sich der durch Steuererhöhungen zu deckende Fehlbetrag im neuen Haushalt auf 305 Millionen Reichsmark ermäßigt; es kam also nur noch das sogenannte „kleine Deckungsprogramm“ in Betracht, nicht mehr das „große Programm“, das mit der Erhöhung der Umsatzsteuer vor Wochen eine Rolle gespielt hatte. Das Kabinett macht nun folgenden Kompromißvorschlag:

1. Der Arbeitslosenversicherung sollen, wie bereits früher beschlossen, zur Deckung des Fehlbetrages von 250 Millionen zunächst die 150 Millionen Reichsmark zufließen, die aus dem Verkauf von Verzugsaktien an die Sozialversicherungsträger zu erzielen sind.

2. Um den Rest von 100 Millionen Reichsmark aufzubringen, soll die Umlage aus der Industriebelastung für das Jahr 1930 auf 350 Millionen erhöht werden, wovon allerdings die Belasteten nur 280 Millionen aufzubringen haben, also immer noch 70 Millionen weniger als im Vorjahr, während der Rest von 70 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für Industrieobligationen gedeckt werden soll. 50 Millionen hiervon sollen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung als Notlohn zufließen, so daß für den Etat immer noch die oben erwähnten 300 Millionen verfügbar bleiben.

3. Für den Rest, der wenigstens 50 Millionen beträgt, soll zunächst die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung, d. h. ihr Verwaltungsrat, Vorschläge machen. Sollen diese für notwendig, so sollen diese im Geheime beschloffen werden, also nicht einseitig durch das Kabinett. Entschieden er sich, was sehr wahrscheinlich ist, zu einer Beitragserhöhung um ein Viertel Prozent, so würden dadurch 70 Millionen aufgebracht, die zur Deckung des Fehlbetrages ausreichen.

Mit dem Deckungsprogramm für 1930 ist auch eine gezielte Vorbereitung einer kommenden Steuerentlastung verbunden worden:

1. Durch eine Bestimmung im Etatgesetz sind der Finanzminister und der Reichsparlamentarier ermächtigt worden, für den Etat von 1931 ein Ausgabenentlastungsprogramm vorzulegen, damit dieser Etat in seinen laufenden Ausgaben unter dem Etat von 1930 bleibt. Dr. Wolbenhaar hat sich dazu überzeugt, daß Ausgabenentlastungen, wie sie häufig von der sogenannten Wirtschaft empfohlen werden, nur auf lange Sicht möglich sind, wenn entweder die Gesetzgebung geändert wird, oder eine durchgreifende Verwaltungsreform einen allmählichen Abbau ermöglicht.

2. Das neue Etatgesetz bestimmt weiter, daß im nächsten Jahre die Steuer um wenigstens 600 Millionen Reichsmark gesenkt werden muß entsprechend dem Silberdingischen Finanzprogramm vom Dezember 1929. Die 600 Millionen entsprechen der Mehrbelastung des diesjährigen Etats, die sich aus 450 Millionen für den Tilgungsfonds und 150 Millionen für Belastung, Räumungsfonds usw. zusammensetzt.

3. Gleichzeitig mit dem neuen Etat hat das Kabinett den Entwurf einer Novelle zur Einkommensteuer verabschiedet, wonach vom 1. April 1931 an die Einkommensteuer im Sinne des Silberdingischen Finanzprogramms vom vorigen Dezember ermäßigt werden soll. Steigerung des Existenzminimums von 1200 auf 1440 Reichsmark jährlich. Auseinanderziehung des Tarifs mit gleichzeitiger Senkung um 12,5 Prozent, was insgesamt eine Ermäßigung um 350 Millionen Reichsmark ausmacht.

4. Mit dieser Novelle ist gleichzeitig verbunden die Beseitigung der Lohnsteuerrückerstattungen. Es soll die Rückerstattungsspflicht der Finanzverwaltung aufgehoben werden. Dafür soll aber der Mehretrag der Lohnsteuer, der mit 60 Millionen angenommen wird, vom Jahre 1931 an der Arbeitslosenversicherung als Notlohn überwiesen werden. Praktisch läuft dies darauf hinaus, daß das Plus, das die Lohnsteuer über den durch die Novelle zur Vermeidung bereits belegten Betrag von 1425 Millionen hinaus ergibt, nicht der Invalidenversicherung, sondern der Arbeitslosenversicherung zufließt.

Alle hier erwähnten Gesetze sind bereits dem Reichsrat zugeleitet worden. Das Kabinett wird auch den Etat in den nächsten Tagen endgültig verabschieden, so daß er sofort dem Reichsrat zugehen kann. Mit Ausnahme des Etats selbst sollen die Steuererlasse so schnell durch die Gesetzgebungsmaschine laufen, daß sie vom 1. April 1930 an in Kraft treten können, weil man die erhöhten Beträge zum Ausgleich des neuen Etats unbedingt braucht. Es wird angenommen, daß das Kabinett vielleicht in kleinen Einzelheiten Änderungen an seinem Programm zulassen, im ganzen aber dafür die Zustimmung der Koalition verlangen will, auch auf die Gefahr hin, daß es dabei die Vertrauensfrage stellen muß.

Das Roggenproblem

Gegen den Roggenbeimahlungszwang

In Fortsetzung der Besprechungen, die vor einiger Zeit zwischen dem Reichsminister und dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft einerseits und der Grünen Front andererseits stattfanden, wurde am Mittwoch in Berlin aufs neue ausführlich über die Lage verhandelt, die durch den unangehörigen Preisrückgang für zahlreiche landwirtschaftliche Erzeugnisse am Geldmarkt eingetreten ist. Die Hauptfrage bildet nach wie vor das Roggenproblem. Es wurden verschiedene Vorschläge gemacht, wie dieses Problem durch Ausräumung aller derjenigen Momente, welche den Roggenpreis ungenügend beeinflussen, gelöst werden soll. Im übrigen wurde die immer noch wachsende Notlage der landwirtschaftlichen Produktion in ihrem ganzen Umfang erörtert; eine Reihe von positiven Vorschlägen sollen als Grundlage für die ferneren Verhandlungen dienen.

Der Zentralverband deutscher Bäckereien, „Germania“, veröffentlicht eine Kundgebung zu dem Projekt, die Herstellung und den Vertrieb von reinem Weizenmehl zu verbieten und einen Beimahlungszwang von 60 Proz. Roggen zum Weizen anzuordnen. Die Beimischung von 60 Proz. Roggenmehl zum Weizenmehl bedeute praktisch ein Verbot der Herstellung von Kundenwaren, von Fein- und Kleingebäd. Die Folge wäre die Entlassung tausender Bäckergesellen und damit ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Ein Schleichhandel mit ungemischten Auslandsmehlen und ungemischten Inlandsmehlen werde einsehen.

Im Besonderen der Königin von Schweden ist, wie aus Rom gemeldet wird, keine Änderung eingetreten. Die Atmungsbefehle werden halten an und die Patientin ist äußerst schwach.

Die Namisierung der Universität Gent. Die belgische Kammer hat mit 125 gegen 25 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen alle Artikel des Gesetzesentwurfs über die Namisierung der Universität Gent angenommen.

Vertrauensvotum für Cardien

WTB. Paris, 5. März (Tel.) Die französische Kammer hat am Mittwoch mit 316 gegen 203 Stimmen (also mit einer Mehrheit von 113 Stimmen) nach einer sehr lärmenden Sitzung dem Kabinett Cardien das Vertrauen ausgesprochen.

Die Regierungserklärung ist im wesentlichen eine Wiederholung des Programms Chautemps. Nicht nur die Armeistie findet sich darin, „soweit die Staatssicherheit es erlaubt“, sondern auch die Einführung der Einheitssteuer für die sechste Klasse. Im übrigen gliedert die Regierung ihre Finanzreform in drei Gruppen: 1. in die Verabschiedung des Budgets, 2. in die Inkraftsetzung des fünfjährigen Plans und einiger massiver Steuerermäßigungen und 3. eine Reform des Steuerwesens selbst. Die Landwirtschaftskrise findet besondere Erwähnung. Es werden wie schon früher Maßnahmen zur Reorganisation des zerrütteten Getreidemarktes und zum Schutze des Weinbaues angekündigt. Als im politischen Teil der Regierungserklärung der Ministerpräsident seine Mitarbeiter als „Männer guten Glaubens“ bezeichnet, brach ein Lärm los, der ihn 10 Minuten am Reden verhinderte.

WTB. Paris, 6. März (Tel.) Die 263 Abgeordneten, die gegen die Regierung gestimmt haben, verteilen sich auf folgende Parteien: 1. Unabhängiger, 8 Parteiloze, 9 Radikale Linke, darunter Danielon, 7 Unabhängige Linke, 9 Sozialrepublikaner der Richtung Painlevé, darunter Painlevé selbst und Antoin, 13 Sozialrepublikaner der Richtung Chabrun, 11 Radikale, 10 Kommunisten und 100 Sozialisten. 13 Abgeordnete haben an der Abstimmung nicht teilgenommen, 6 waren beurlaubt, die übrigen 316 haben für die Regierung gestimmt.

Verfassungsreform und Wirtschaftsmassnahmen in Polen

WTB. Warschau, 6. März (Tel.) Die Regierung ist gestern nachmittag zu einem Kabinettsrat zusammengetreten, an dem sich auch Marschall Ribicki beteiligte. — Wie der „Raz Przeglad“ erfährt, gaiten die Beratungen der Haltung der Regierung zur Verfassungsreformfrage. Wie es heißt, soll 6 Wochen nach Schließung der Budgetberatung, also im Mai, eine außerordentliche Session einberufen werden, die dem Sejm Gelegenheit geben soll, die Verfassungsreform zu erörtern. In dieser Tagung werde die Regierung zum Verfassungsproblem Stellung nehmen und weiter das Liquidationsabkommen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag und eine ganze Reihe von Gesetzen, die mit der Wirtschaftskrise zusammenhängen, dem Sejm zur Verabfassung bzw. Beratung vorlegen.

Die deutsch-österreichische Strafrechtskonferenz

Abkündigung der Todesstrafe

In der am Mittwoch in Wien unter dem Vorsitz des Geheimrats Prof. Dr. Kahl fortgesetzten Beratung der Strafrechtskonferenz entwickelte sich zunächst eine längere Debatte über die Frage, ob die Entscheidung über die Straftaten, darunter insbesondere auch über die Aufrechterhaltung der Todesstrafe, die zurückgestellt werden war, schon getroffen werden soll.

Dem vom Vorsitzenden gemachten Vorschlag, daß die Abstimmung darüber aber schließlich eine Feststellung der Ansichten sein soll, ohne den reichsdeutschen Ausschuss bereits zu binden, wurde Folge geleistet und in diesem Sinne die Abstimmung vorgenommen. Es sprachen sich 30 Stimmen gegen die Beibehaltung der Todesstrafe und 14 dafür aus.

Die vorbehaltene Entscheidung über die Strafbareit der Homosexualität, der Bestialität und des Ehebruchs wurde ebenfalls durch Abstimmung herbeigeführt. Für die Strafbareit der Homosexualität stimmten 25, gegen die Strafbareit 21 Mitglieder. Dasselbe Stimmverhältnis ergab sich für die Strafbareit der Bestialität und des Ehebruchs.

Ein Wiedergutmachungsschritt im Etiaz?

Das neue französische Ministerium scheint einen Anfang machen zu wollen mit der Wiedergutmachung der Verfolgungen der jüdischen Heimatbinder, die vor nun bald drei Jahren gemäßregelt wurden, soweit sie Beamte waren, weil sie den Auftrag des Heimatbundes mitunterzeichnet hatten. Das Colmarer Oberlandesgericht hat den damals abgeleiteten Notar Dr. Dähle jetzt wieder in seine Rechte als Notar eingesetzt. Die automatische „Erl.-Loth.-Zeitung“ sieht in diesem Schritt die Anerkennung, daß die Unterzeichnung des Heimatbündelauftrags kein Vergehen darstellte, und verlangt infolgedessen die Purgierung dieser Entscheidung auf alle anderen Fälle von Sanktionierungen.

Kurze Nachrichten

Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder und Gemeinden. Wie der Aml. Preuß. Pressedienst einen gemeinsamen Rundschreiben des Ministers des Innern und des Finanzministers entnehmen kann, ist die Geltungsdauer der Richtlinien über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände bis zum 30. April 1930 und, falls bis zu diesem Tage der Reichsetat 1930 nicht verabschiedet ist, bis zum 31. Mai 1930 verlängert worden.

Reichswohnkredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministers, hat der Reichsfinanzminister den Grundzinsfuß für die Kredite auf Grund des Gesetzes über die Bereitstellung von Kredit zur Förderung des Kleinwohnungsbaues mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab von 8 Prozent auf 7 Prozent herabgesetzt. Der neue Zinsfuß gilt jedoch nur für diejenigen Darlehensfälle, bei denen ein Grundzinsfuß von 8 Prozent zugrundegelegt worden ist. Wie der Aml. Preuß. Pressedienst mitteilt, schweben wegen etwaiger Herabsetzung der Zuschlagssätze zur Zeit Verhandlungen.

Zur Prüfung des Abstimmungsergebnisses beim zweiten Volksentscheid am 22. Dezember 1929 über den Entwurf eines Gesetzes gegen die Verfassung des deutschen Volkes ist, wie aus Berlin gemeldet wird, Termin des Wahlprüfungsgerichts auf Freitag, den 14. März 1930 anberaumt worden.

Der sächsische Haushaltsplan für 1930. Heute, Donnerstag, wird im Sächsischen Landtag der neue Haushaltsplan für 1930, der ohne Fehlbetrag abschließt, vorgelegt werden. Gleichzeitig werden drei Gesetzentwürfe unterbreitet, deren erster die Erhöhung der Dienstaltersgrenze von 65 auf das 68. Lebensjahr vorschlägt, während der zweite bestimmt, daß Volksschullehrer während des ersten Probejahres nur die halbe Besoldung erhalten sollen. Der dritte bringt Änderungen der Bestimmungen über den Landesfürsorgeverband.

Trost des Leiters der Unruhen in den Opelwerken. Der kommunistische Gemeinderat Juelich in Groß-Oerau, der bei dem Putz in den Opelwerken sowie bei den kommunistischen Unruhen in Worms führend tätig war, ist seit einigen Tagen flüchtig. Es wird die Vermutung ausgeprochen, daß er sich nach Rußland begeben hat. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat Haftbefehl und einen Steckbrief hinter ihm erlassen.

Das neue schweizerische Strafrecht. Der schweizerische Nationalrat hat in der Gesamtabstimmung die Vorlage, die ein einheitliches schweizerisches Strafrecht enthält, mit 99 gegen 5 Stimmen angenommen.

Die Vorgänge im „Darmstädter Hof“ zu Karlsruhe

Das gerichtliche Nachspiel

Unter starkem Andrang des Publikums begann am heutigen Donnerstagvormittag vor dem Schöffengericht Karlsruhe die Verhandlung gegen den Schriftleiter Franz Moraller, den Schriftsteller und Landtagsabgeordneten Robert Wagner, den Kaufmann Johann Knauth, den Major a. D. Max Fröhlich, die Studenten Karl Schuster und Hermann Seitz, die sich wegen Körperverletzung und Beleidigung zu verantworten haben. Gegenstand der Verhandlung bilden die Vorgänge, die sich in der Nacht auf den 19. Dezember im „Darmstädter Hof“ abgespielt haben.

Die Angeklagten waren im Anschluß an eine nationalsozialistische Versammlung im „Darmstädter Hof“ eingetroffen. Dort sangen sie verschiedene Lieder, u. a. auch eines mit dem Refrain „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“. Dadurch fühlten sich Mitglieder einer internationalen Eisenbahnkommission, unter denen sich Franzosen und Belgier befanden, provoziert. Die Witvin des Lokals hat darauf den Anführer der Nationalsozialisten, den Angeklagten Wagner, das Singen einzustellen, da die Ausländer im Lokal daran Anstoß nehmen würden. Die Folge war, daß Wagner eines der Kommissionsmitglieder zur Rede stellte und ihm einen Schlag ins Gesicht versetzte. Es entwickelte sich ein Tumult. Von dem Angeklagten Moraller wurde mit einem Bierglas geworfen, durch das eine Teilnehmerin nicht unerheblich am Kopfe verletzt wurde.

Der Angeklagte Wagner gab bei seiner Vernehmung eine eingehende Schilderung der Vorfälle, wobei er betonte, daß er von dem betreffenden Kommissionsmitglied, dem er eine Ohrfeige gegeben habe, vorher beleidigt worden sei. Am Ausländerisch seien die Ausbrüche „Boches“ und „Lausubereien“ gefallen, wodurch die Nationalsozialisten in große Erregung verfielen.

Wagner sagte weiter aus: Wir wollten keinesfalls provozieren und haben nicht daran gedacht, die Ausländer herauszufordern. Da kam plötzlich die Witvin, Frau Eberhard, höchst erregt auf uns zu und verlangte, das Singen einzustellen, da sich die Ausländer das verbieten. Ich erhob mich und erklärte Frau Eberhard, wenn hier Ausländer etwas zu sagen haben, dann verlassen wir das Lokal. Beim Hinausgehen entstand ein Wortwechsel zwischen Parteigenossen und Ausländern. Ich trat dazwischen, um Weiterungen zu verhüten. Meine Tischgenossen waren außerordentlich erregt.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Ausländer sich tatsächlich nicht beschwert haben und Frau Eberhard sich ungeschickt ausgebrochen hat.

Angeklagter Wagner erklärt, er könne das nicht beurteilen. Er habe den Eindruck gehabt, daß die Herren damals zuviel getrunken hätten. Am Ausgang kam es nochmals zu einem Gedränge. Ich griff wiederum ein mit dem Bemerkten, es gebe hier keine Auseinandersetzungen. Ich habe mich die ganze Zeit dafür eingesetzt, daß Streitigkeiten vermieden werden, und glaube, in Herrn Laffen eine Stütze zu finden. Statt dessen hat er uns beleidigt und den Ausdruck „Lausuberei“ gebraucht. Laffen hat auch mich beleidigt und zudem mit der Faust gegen meine Brust gestoßen. Darauf habe ich Laffen „eine runtergehauen“. Die Ausländer hatten inzwischen fluchtartig das Lokal verlassen. Nun kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Gästen und uns. Das Überfallkommando stürzte sich sofort auf die Brauereigenossen und wollte Herrn Fröhlich festnehmen. Ich zog meinen Abgeordneten aus der Tasche heraus und erklärte: Sie sehen, wer ich bin; ich stehe Ihnen zur Verfügung. Lassen Sie den Herrn in Ruhe! Herr Fröhlich war in der Tat in keiner Weise an der Sache beteiligt. Auch als man Moraller und Seitz festnehmen wollte, trat ich dazwischen mit der Erklärung, daß ich die Verantwortung übernehme. Auf weiteres Bestreben der Angeklagten Wagner, Ausdrücke wie „Schweine“ oder „Lumpen“ gebraucht zu haben. Er selbst hat nicht gehört, daß der Ausdruck „Boches“ gefallen ist.

Der Vorsitzende seinerseits hält es für ausgeschlossen, daß die Ausländer „so dumm“ gewesen seien, „Boches“ zu rufen. Der Angeklagte Moraller bestätigt im wesentlichen die Darstellung Wagners. Er hörte, daß Laffen von „Lausuberei“ sprach, ebenso, daß der Ausdruck „Boches“ fiel, ohne zu erkennen, wer der Auser war. Moraller räumte ein, daß er das Bierglas nur an die Wand habe werfen wollen.

Angeklagter Knauth gibt die Möglichkeit zu, daß er in der Erregung Ausdrücke wie „Schweine“ und „Lumpen“ gebraucht habe. Laffen habe „Lausuberei“ gerufen. Auch sei „Boches“ gerufen worden. Auf Verfragen des nebenliegenden Vertreters bemerkte Knauth, daß von einer Massenlägererei keine Rede sein könne. Fröhlich bestreitet eine strafbare Handlung, desgleichen der Angeklagte Schuster.

Nach einer kurzen Pause um 11 Uhr werden gegen 20 Zeugen aufgerufen.

Zunächst wird Reichsbahninspektor Laffen, Altona, gehört. Die Eisenbahnkommission zählt 15 Herren, 4 Deutsche und 11 Ausländer: 5 Franzosen, 1 Belgier, 2 Schweizer, 1 Däne, 1 Norweger und 1 Schwede. Die deutschen und nordischen Herren saßen im „Darmstädter Hof“ Abendbrot. Nach Beendigung ihrer Arbeiten trafen sich alle Ausschußmitglieder am 18. Dezember abends zu einem Abschiedsschoppen im Nebenzimmer des obigen Lokals. Betrunken war niemand. Um 11 Uhr kamen die Nationalsozialisten, darunter Uniformierte. Abgesehen von einer gewissen Neugierde der Ausländer, hat sich niemand darüber aufgehalten. Das Singen harmloser Volkslieder hat keineswegs störend gewirkt; als allerdings „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“ gesungen wurde, konnte ich beobachten, daß sich Franzosen und Belgier getränkt fühlten. In dieser peinlichen Situation bemerkte ich den ausländischen Herren, man würde das Lied zweifellos nicht singen, wenn man wüßte, daß Franzosen da wären. Ich bat darauf die Witvin, sie möchte den Nachbartisch auf diesen Umstand aufmerksam machen. Daß sich die Ausländer das Singen verbieten hätten, trifft nicht zu. Was die Witvin ausgesprochen hat, weiß ich nicht. Kurz darauf kam ein kleiner Herr an unserem Tisch vorbei — es war nach Meinung des Zeugen der Angeklagte Schuster — der mit höflicher Gebärde „Boches“ und „Schweinehunde“ rief.

(Schuster bleibt dabei, daß eine Verwechslung vorliegen müsse.)

Wohl aber wurde ich geschlagen, meiner Überzeugung nach von Wagner und Moraller, während mich ein dritter älterer Herr in Uniform — der Zeuge glaubt, daß es Fröhlich war — zu Boden rief. Wagner hat Beleidigungen, wie „Schweine“ und andere ausgesprochen. Schließlich wurde ich von einem Herrn — es war der Abgeordnete Kraft — in Schutz genommen. Auf Verfragen des Nebenlägervertreters erklärt der Zeuge, daß ihm in seiner 57jährigen internationalen Tätigkeit im Aus-

land Abhalten nicht passiert sei wie in Karlsruhe. Daß die Franzosen in seinem Kreis „Boches“ gerufen hätten, hält der Zeuge für ausgeschlossen. Er hielt im Gegensatz zu den Befundungen der Angeklagten fest, daß sich auch die nordischen Herren über das Verhalten der Nationalsozialisten empört hätten. (Die Verhandlung dauert an.)

Badischer Teil

Badischer Landtag Haushaltsausschuß

In der Mittwoch Sitzung des Haushaltsausschusses wurde zunächst die Frage der Fortbildungsschullehrer besprochen. Von Regierungsseite wurde angeführt, daß der Gedanke erwogen werde, die Ausbildung der Fortbildungsschullehrer mit dem Einführungsjahre unmittelbar nach der Prüfung zu verbinden.

Beim Kapitel „Höhere Lehranstalten“ hebt der Berichterstatter das ungeheure Anwachsen der Belastung seit 1913 für das gesamte Bildungswesen hervor. Die Ausgaben seien durchschnittlich um 100 Prozent gestiegen. Dazu komme noch der Mehrbetrag durch die Bildungsreform vom 1927. An einen weiteren Ausbau des Bildungswesens sei nicht zu denken. Der Gesamtaufwand betrug 1913 9,9 Millionen oder 424 Mark auf den Schüler, im Januar 1929 16 Millionen oder 550 Mark auf den Schüler. Der Zuschußbedarf ist heute 8,7 Millionen oder 300 Reichsmark pro Kopf. Geplant müßte werden in den sogenannten „technischen Höheren“ und in der Zusammenlegung des fakultativen Unterrichts. Es bestiehe ein dringendes Bedürfnis nach einem numerus clausus für die Anwärter zum Lehramtsdienst. Der ungeheure Andrang zum Studium und zur Reifeprüfung müsse eingedämmt werden.

Der Minister mißt dem Andrang zur Reifeprüfung in erster Linie dem Umstand zu, daß Vorkurs, Industrie usw. allgemein Lehrlinge mit Reifeprüfungen verlangen. Große Sparanfänge müßte geübt werden. Ohne den numerus clausus werde man kaum auskommen.

Ein Zentrumsredner wünscht Einsparungen durch Zusammenlegung von fakultativen Unterricht. Es seien zu vielerlei und zu viele Schulen vorhanden. Der Betrieb von Wanderheimen mit Unterrichtsbereitungen wirke störend. Auch der Minister betont die Schwierigkeiten, die durch einen derartigen Wanderbetrieb hervorgerufen würden. Der Sportbetrieb an den Schulen müsse weniger auf Kosten der Schüler, als auf eine gleichmäßige Ausbildung des Körpers eingestellt sein.

Ein nationalsozialistischer Redner will die Einschränkung der Reifeprüfung. Redner warnt vor zu scharfen Maßnahmen, die eine Anzahl Lehrkräfte auf die Straße setzen würden. Auch ein sozialdemokratischer Redner befürwortet den Abbau, doch müßte man Härten gegenüber den jungen Lehrkräften vermeiden. Ein Volksparteiler spricht sich im gleichen Sinne aus.

In der Nachmittags Sitzung wurde von demokratischer Seite die Zusammenfassung der Schulpläne befürwortet. Ferner der einheitliche Beginn des Schuljahres im Frühjahr in allen deutschen Ländern. Der Minister fügte aus, die Aussprache im Ausschuß habe ergeben, daß der Landtag mit der Durchführung der früher beschlossenen Nachprüfung der Notwendigkeit der vorhandenen Schulen einverstanden sei.

Damit wurde die allgemeine Aussprache, die den ganzen Mittwoch ausgefüllt hatte, abgeschlossen und zur Einzelberatung übergegangen.

Zusammenwirken von Preussischer Landeselektrizitätsversorgung A. G. (Preag) und Städten

Die Preag sucht eine Zusammenfassung der Elektrizitätsversorgung in den verschiedenen Gebieten Preußens zu erreichen. Durch Gründung der West-Ost-Elektrizitätsversorgung A. G. ist sie in den Besitz der städtischen Werke in Leer (Ostfriesland) gekommen. Nunmehr ist die Preag im Begriff, einen ähnlichen Vertrag mit der Stadt Oldenburg abzuschließen. In eine zu bildende Gesellschaft bringt die Stadt Oldenburg ihr Gas- und Elektrizitätswerk sowie die Leitungsnetze der beiden Werke ein. Das Aktienkapital der neuen Gesellschaft wird 6 Millionen Reichsmark betragen und je zur Hälfte von der Stadt und der Preag übernommen. Der Wert dieser städtischen Betriebe ist auf 12 Millionen geschätzt, so daß der Stadt außer den 3 Millionen Aktienkapital 2 Millionen festverzinsliche Schuldscheine und außerdem 7 Millionen Reichsmark bar zufließen.

Die neue Gesellschaft hat die Verpflichtung übernommen, die Preise für Strom und Gas nicht zu erhöhen, im Gegenteil auf deren Senkung hinzuwirken. Die Stadt erhält ein Optionsrecht für eine Beteiligung an der Preag. (Der preussische Staat hat sich ebenfalls bereitgefunden, von seinem Aktienbesitz an der preussischen Elektrizitäts-A. G. 25 Prozent für eine Übernahme durch Städte freizumachen.) Auch angesichts der unbefriedigenden Finanzsituation der Städte dürfte der eingeschlagene Weg richtig sein, da diese schwerlich in der Lage sein werden, von sich aus einen Ausbau ihrer Werke vorzunehmen.

Aus der Landeshauptstadt

* Der Karlsruher Karneval war auch diesmal ein getreues Abbild der schlechten Wirtschaftslage. Die Tatsache, daß auch in diesen vier Tagen und Nächten so mancher flache Seufzer der Hals gebrochen wurde und einzelne Veranstaltungen recht gut besucht waren, kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß nicht entfernt der Umtrieb erzielt worden ist, den man von früher her gewohnt war, ja daß dieser Umtrieb noch erheblich hinter dem des Minuskarnevals von 1929 zurückblieb. Eine ganze Reihe von Vereinen, deren karnevalistische Veranstaltungen sonst sehr gut besucht waren, hat diesmal mit einem großen Ausfall an Teilnehmern zu rechnen gehabt.

Man kann nicht sagen, daß deshalb die Vereine sich weniger Mühe gegeben hätten! Im Gegenteil. In bezug auf Dekoration wurde selten so viel Geschmackvolles dargeboten wie in diesem Jahre. Den Höhepunkt des Karnevals bildete auch in diesem Jahre wieder der Rosenmontagsball des Karlsruher Pressevereins in den sämtlichen Räumen des Hotels „Germania“. Die Ausstattung der Räume war über alles Lob erhaben. Sie zeichnete sich ebenso durch künstlerische Feinheit wie durch bunte Leuchtkraft der Farben aus. Es herrschte nur eine Stimme, nämlich die der Befriedigung, daß sich der Karlsruher Presseverein mit dem diesjährigen Rosenmontagsball so gutagen selbst übertraffen habe. Die Inhaber des Germaniahotels, die beiden Herren Eißler, hatten alles getan, um auch die feinsten Wünsche ihrer Gäste zu befriedigen. Dem Rosenmontagsball wohnten Staatspräsident Dr. Schmitt und Innenminister Dr. Wittenmann mit ihren Familien und Kultusminister Dr. Kemme an.

Einänderung Hermann Neders. Mittwoch nachmittag erfolgte unter sehr großer Beteiligung die Einänderung der Leiche des Kaufmanns Hermann Nader, der am Sonntag das Todesopfer eines Verkehrsunfalls am Karlsruher wurde. An der Bahre sprachen zunächst unter Niederlegung von Kränzen die Vertreter der elsäß-

loisringischen Vereine. Dann folgten zahlreiche Ansprachen von Vertretern des Schwimmsports, der Nader als Anreger und Vereinfacher der Idee des Schwimmsports sich hoch verdient gemacht hat. Vom Deutschen Schwimmverband war er Ehrenmitglied. Auch hatte er seinerzeit unter dem Namen „Argentatour“ den jetzigen Straßburger Schwimmverein (S.M.S.) gegründet. Nach seiner Verdrängung aus der Heimat ertränkte sich im besonderen seine Tätigkeit auf die Wiederanknüpfung der Verbindungen zwischen dem deutschen und dem badischen Schwimmsport und den elsäßischen Verbänden, so daß im vorigen Jahre zum erstenmal seit dem Kriege wieder ein Länderkampf Baden-Elsäß ausgetragen werden konnte.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe. Der bisher weßlich von uns gelegene Kern des europäischen Hochdruckgebietes hat sich nach Osten in Bewegung gesetzt. Da einerseits im Westen unter dem Einfluß einer vor der europäischen Küste erschienenen Zyclone Druckfall eingetreten hat, andererseits aber durch einen Kaltlufteinbruch über den Ostseeländern gleichzeitig Druckanstieg erfolgte. In unseren Gebieten haben die Winde wieder nach Ost gedreht. Obgleich inzwischen eine Verflachung des hohen Druckes eingetreten ist, wird der bestehende Witterungscharakter auch morgen fortauern. Wetterausichten: Keine wesentliche Änderung.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Rippenheim, 5. März. Auf dem Wege zwischen hier und Altdorf ereignete sich heute nachmittag ein schweres Autounfall. Ingenieur Kurt Sager aus Dinglingen, der Sohn des dortigen früheren Hauptlehrers, wollte einen kleinen VWB-Wagen aus Karlsruhe mit seinem Opelauto überholen, streifte aber den letzteren, wobei ihm das Steuer aus der Hand geschlagen wurde. Der Wagen fuhr über die Straßenschwelle hinab und überschlug sich. Der Fahrer wurde auf die Straße geschleudert und erlitt einen Wirbelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

D.3. Emmenhofen (Ami Konstan), 5. März. In der Nacht zum Mittwoch brannte hier das Bohn- und Stomameiegebäude des Landwirts Bürgel vollständig nieder. Die Brandursache ist unbekannt.

D.3. Überlingen, 5. März. Heute abend gegen 9 Uhr wurde der Überlinger Motorlöschzug nach Vermatungen alarmiert, wo das von sieben Partien mit insgesamt 26 Personen bewohnte Gemeindehaus in Flammen stand. Den Bemühungen der Löschmannschaft gelang es, das Feuer so einzudämmen, daß keine weitere Gefahr für ein Umsichgreifen des Feuers bestand. Kaum hatte der Löschzug seine Brandbekämpfung beendet, als er sofort wieder abberufen wurde, da in Oberuldingen gleichfalls ein Brand, und zwar im Anwesen des Bäckermeisters Wolf ausgebrochen war. Das Feuer hatte auch ein zweites Anwesen eines Schneidermeisters erfaßt.

Old. Ludwigsbafen a. Rh., 6. März. In der Nacht zum Donnerstag ereignete sich in einem Anwesen des Anilinblocks ein großes Unglück. Der 51 Jahre alte Werkmeister der J. G. Farben, Franz Elbert, seine Frau und sein fünfjähriges Mädchen wurden mit einer schweren Gasvergiftung im Schlafzimer aufgefunden. In das städtische Krankenhaus eingeliefert, erlagen alle drei der Vergiftung. Das Unglück hat sich anscheinend in der Weise zugetragen, daß sich durch irgendwelche Umstände der Gummischlauch am Gasherd der Küche lockerte, so daß Gas ungehindert ausströmen konnte. Die Türe des Schlafzimmers, das neben der Küche liegt, war vermutlich leicht offengestanden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. März		5. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	167.81	168.15	167.80	168.14
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.23	112.01	112.21
Italien . . . 100 L.	21.290	21.296	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.344	20.384	20.344	20.384
New York . . . 1 D.	4.1849	4.1945	4.1849	4.1945
Paris . . . 100 Fr.	16.37	16.41	16.365	16.405
Schweiz . . . 100 Fr.	50.895	50.907	50.865	51.025
Wien 100 Schilling	58.95	59.07	58.94	59.06
Prag . . . 100 Kr.	12.402	12.422	12.40	12.42

Die Bank von England hat den Wechselkurs um 1/2 Proz. auf 4 Proz. ermäßigt.

Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe. In dem am Mittwoch abgeschlossenen Vergleichstermin erstattete die Vertrauensperson, Rechtsanwalt Dr. Max Gomburger (Karlsruhe), einen ausführlichen Bericht über die Lage. Er berichtete insbesondere über die mit verschiedenen Interessenten schwebenden Verhandlungen wegen Erhaltung des Werkes und teilte mit, daß die Gläubigerliste infolge der Kapitalabfindungsansprüche der Ausbehaltsempfänger rund 400 000 Reichsmark mehr aufweise, als bei Eröffnung des Verfahrens. Gläubigerausschuß und Vertrauensperson beantragten eine mehrwöchige Verlängerung des Vergleichstermins, damit die nach allen Seiten zu führenden Verhandlungen ungehindert weitergehen können. Je nach dem Ausgang dieser Verhandlungen kann vielleicht den Gläubigern an Stelle des Liquidationsvergleichs eine feste Vergleichsquote angeboten werden. Die Gläubigerversammlung beschloß einstimmig, dem Verlegungsantrag zuzustimmen. Neuer Termin ist auf Mittwoch, den 9. April, bestimmt. Wie wir erfahren, hat eine starke Mehrheit der Gläubiger dem vorliegenden Vergleichsvorschlag zugestimmt.

Neue Zahlungseinstellung in der badischen Sägeindustrie. Der Rechtsbeistand der Sägewerke in Forbach im Murgtal hat sich an die Gläubiger der Firma um Zustimmung zum gerichtlichen Vergleichsverfahren gewandt. Begründet wird die Zahlungseinstellung mit Verlusten in den letzten Monaten, unter anderem bei der Obergloetteraler Sägemerz und Holzhandlung, G. m. b. H. in Freiburg, weiter mit dem Zusammenbruch der Bankkommandite Schmidt & Co. in Baden-Baden, wodurch ein Kredit von 10 000 Reichsmark in kurzer Zeit abgedeckt werden mußte. Weiterhin hatte die Bezirksparafasse Gernsbach einen Wechselkurskredit bedroht. Aufträge sollen reichlich vorliegen. Bei vorläufiger Bewertung stehen in einem vorläufigen Status rund 60 000 Reichsmark Forderungen rund 24 000 Reichsmark freie Masse gegenüber, so daß eine Quote von 40 Prozent zu erwarten steht. Die Gläubiger werden zu einer Gläubigerversammlung am 5. März nach Gernsbach eingeladen.

Reichsverband der deutschen Industrie gegen Tarifierhöhung. Der Reichsausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich in seiner letzten Sitzung mit der Tarifierhöhung der Reichsbahn eingehend beschäftigt. In der aus allen Teilen des Reiches stark besuchten Sitzung wurde unter Würdigung der schwierigen Finanzlage der deutschen Reichsbahn einmütig zum Ausdruck gebracht, daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um eine Erhöhung der Tarife zu vermeiden.

E. Büchle

Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 132
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Gemeinderundschau

Anleihe der Stadt Heidelberg. Der Stadtrat Heidelberg hat die Ablösung von kurzfristigen Verbindlichkeiten der Stadt durch eine nominal 8 1/2-prozentige Anleihe bei der Badischen Girozentrale im Betrage von 15 Millionen Reichsmark beschlossen.

Der Gemeinderat Eberbach beschloß u. a. in Ergänzung des bisherigen Elektrizitätspreises die Einführung eines Sonderpreises für Melambelichtung. Die gestaffelten Strompreise beginnen mit 30 Pf pro Kilowattstunde bei einer Abnahme bis zu 500 Kilowattstunden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses beschloß der Gemeinderat die Klassenweise Umwandlung der Oberrealschule in ein Realgymnasium mit Lateinbeginn in Untertertia auf Beginn des Schuljahres 1930/31. Er prüfte ferner die Frage der Anschaffung eines Sanitätsautos. Im Interesse der wirtschaftlichen Lage von Bezirk und Stadt sollen Maßnahmen zur Förderung eines besseren Milchabfahrs in die Wege geleitet werden.

Der Bürgerausschuß Redarbischofsheim beriet über einen Zuschuß von 9000 M. Dieser Betrag wird dem Turnverein unverzinslich zur Errichtung eines Schwimmbades (Größe 25 x 12,5 Meter) zur Verfügung gestellt. Der Gesamtaufwand für das Bad beläuft sich laut Voranschlag auf 15 000 M. Die Spar- und Waisenkasse hat sich bereit erklärt, die vom Turnverein aufzubringenden 6000 M als Darlehen zu geben und im Laufe der Jahre an den Überschüssen der Kasse abzuhängen.

Der Bürgerausschuß Landa genehmigte den neuen Konzessionsvertrag über Stromlieferung mit dem Elektrizitätswerk. Die Strompreise wurden auf 40 Pf je Kilowatt heruntergesetzt. Die Stadtgemeinde erhält 6 Prozent der Reineinnahme.

Stadtratsersatzwahl in Baden-Baden. Bei der am Mittwoch stattgefundenen Stadtratsersatzwahl wurde Metzgermeister Franz Birnbrauer mit 88 Stimmen zum Stadtrat gewählt. Der vom Zentrum vorgeschlagene Gewerkschaftssekretär Dietrich erhielt nur 24 Stimmen.

Für einen Rathausneubau in Oberröt (Gernsbach). In der letzten Gemeinderatsitzung in Oberröt wurde beschlossen, das der Firma Wieland & Weber gehörende Hotel zur Blume zum Preise von 50 000 M zu erwerben. Die „Blume“ ist das älteste Wirtshaus des Dorfes, das seit Hunderten von Jahren anhängt. Die Gemeinde wird den Neuerwerb für einen Rathausneubau verwenden.

Der Bürgerausschuß Achern hat den Haushaltsplan genehmigt und seine Zustimmung zu dem Stromlieferungsvertrag gegeben, den die Stadt Achern unter günstigen Bedingungen mit der Rheinelektra in Mannheim abgeschlossen hat.

Grenzgänger und Arbeitslosigkeit. Der Gemeinderat Kehl hat auf Vorschlag des Ausschusses für soziale Fürsorge zur Entlastung des Fürsorgeamtes beschlossen, für die sogenannten Grenzgänger die Kostenanteile zur Aufrechterhaltung der Anwartschaften für die Arbeitslosenversicherung, für die Invalidenversicherung und die Familienversicherung bei der Ortskrankenkasse auf die Gemeindefasse zu übernehmen. Ferner kann ihnen auf Antrag ein Mietzuschuß gewährt werden bis zu einem Grenzbetrag von 140 M, d. h. in einer Höhe, daß Einkommen und Mietzuschuß nicht mehr als 140 M betragen.

Neues Rathaus in Willstätt. Durch Umbau des alten Schulhauses in Willstätt (Amt Kehl), das seinerseits durch einen statischen Neubau ersetzt wurde, hat die Gemeinde nunmehr ein neues Rathaus erhalten, wodurch dem schon lange bestehenden Raumangel abgeholfen worden ist. Im neuen Rathaus sind neben den gemeindlichen Räumen auch die der Sparkasse untergebracht.

Vom Fremdenverkehr in Bad Dürkheim. Nach der im vergangenen Jahre zum ersten Male für den Kurort aufgestellten Fremdenverkehrsstatistik waren 1929 im ganzen 11 889 Fremde in Bad Dürkheim, darunter 328 Ausländer. Die

Übernachtungen betragen 334 912, mit welcher Zahl Bad Dürkheim unmittelbar hinter Baden-Baden an zweiter Stelle unter den badischen Kurplätzen stehen wird.

Der Ausbau der Elgtalbahn. Am 10. März findet in Gausach eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung „Der Ausbau der Elgtalbahn“ statt. Referate geben Handelskammerpräsident Dr. Kaiser (Freiburg) und Vermessungsrat Vinkenheil (Schramberg). Beauftragter der Versammlung sind die Handelskammer für den Bezirk Freiburg, der Schwarzwaldverkehrsverband „Obere Kinzig“, der „Elgtalbahn-Ausschuß“, der „Vertreterverein für den Schwarzwald“ in Freiburg.

Das Wohnungsamt Freiburg i. Br. wird mit Wirkung vom 1. April 1930 als selbständiges Amt aufgehoben. Die bezüglich der Wohnungszwangswirtschaft weiterhin noch zu erledigenden Geschäfte wie auch das nach dem teilweisen Abbau des Wohnungsamtes noch verbleibende Personal dieses Amtes werden dem Statistischen Amt zugewiesen (Abteilung für Wohnungsfragen).

Der Voranschlag von Waldkirch wurde, nachdem er zweimal abgelehnt worden war, unter Abwesenheit der bürgerlichen Abgeordneten von den Gemeindevorordneten des Zentrums und der Sozialdemokratie mit 37 Stimmen einstimmig angenommen. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft war aus Protest der Sitzung ferngeblieben.

Staatsanzeiger

Losvertrieb. Dem Thüringer Museum in Eisenach wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 3. März 1930.

Der Minister des Innern: Wittenmann.

Losvertrieb. Der Ausstellung des deutschen Künstlerbundes Stuttgart 1930 wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt. Karlsruhe, den 3. März 1930.

Der Minister des Innern: J. A. Schwarz.

Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen. Die Nachgenannten haben die im Februar 1930 abgehaltene Staatsprüfung für den mittleren technischen Dienst im Hochbauwesen bestanden und hierdurch nach der Verordnung vom 24. Januar 1925 die Berufsbezeichnung „staatlich geprüfter Baumeister“ erlangt.

Bühnt, Adolf, aus Brühl; Bed, Werner, aus Pforzheim; Bruder, Karl, aus Baden-Baden; Burkart, Adolf, aus Mörchi; Deuz, Max, aus Freiburg i. Br.; Döhlmann, Arthur, aus Pforzheim; Dittus, Wilhelm, aus Konitz; Eichhorn, Johann, aus Waldbrunn; Eichhorn, Otto, aus Hohenheim; Fackler, Georg, aus Grafenhausen; Felde, Friedrich, aus Steinhilgen; Gehr, Johann, aus Bellingen; Geller, Karl, aus Hohenheim; Griefsch, Oskar, aus Mannheim; Geil, Otto, aus Mörchi; Heilmann, Anton, aus Mannheim; Hilpert, Ludwig, aus Möggelschwil; Horter, Heinrich, aus Heidelberg; Kaffner, Emil, aus Redarbischofsheim; Kiesel, Hellmut, Freiburg i. Br.; Knittel, Curt, aus Immendingen; Kober, August, aus Schönaub. G.; Käßler, Oskar, aus Baldshut; Kühner, Karl, aus Rauer; Lisch, Oskar, aus Röhren; Luppberger, Hermann, aus Freiburg i. Br.; Lusch, Karl, aus Zürich; Maties, Walter, aus Freiburg i. Br.; Muffler, August, aus Dellingen; Müller, Fritz, aus Welschnonnen; Nägele, Alfred, aus Göttingen; Niescher, Walter, aus Bruchsal; Rindler, Richard, aus Oberkirch; Ruff, Karl, aus Haifa; Scheer, Heinrich, aus Mannheim; Schwab, Franz, aus Heitersheim; Storz, Johann, aus Eppel-

heim; Stroh, Nikolaus, aus Blankstadt; Wähl, Edmund, aus Mannheim; Wolf, Leo, aus Kast; Weber, Friedrich, aus St. Peter; Weidum, Hermann, aus Weingarten i. B.; Wens, Ludwig, aus Friedrichsfeld; Wiberer, Bruno, aus Oppenau; Willibald, Bruno, aus Triberg; Wöringer, Heinrich, aus Bonneweg; Zeit, Alois, aus Bommelsweiler. Karlsruhe, den 4. März 1930.

Der Finanzminister: J. S. Sammet.

Nach den Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 28. Februar 1930 im Lande Baden verseucht mit:

Maul- und Klauenseuche:		Gemeinden:	
Amtsbezirk:			
Waldkirch	Rahenmoos		
	Schweineflechte und Schweinepest:		
Amtsbezirk:			
Bretten	Dielsheim, Kirnbach, Ruchbaum, Sulzfeld		
Bruchsal	Korff, Dergrombach, Stettfeld, Unterwisshaus, Weiher, Wisentatal		
Heidelberg	Speckbach		
Karlsruhe	Wöschbach		
Lahr	Reihenheim, Wallburg		
Mannheim	Mannheim-Heubenheim, Ebingen, Friedrichsfeld, Ladenburg, Osterheim, Blankstadt, Seddenheim, Schriesheim		
Necklach	Wietingen, Boll, Kreenheinstetten, Langenbach, Heibertingen		
Mosbach	Wagenstünd		
Offenburg	Oberharmerbach		
Sinsheim	Eppingen, Gemmingen, Ittlingen, Nicken, Weibstadt		
Staufen	Wienzen		
Wertheim	Wertheim, Hühfeld		
	Hände der Einhufer:		
Amtsbezirk:			
Karlsruhe	Staffort		
Kehl	Kehl		
Mannheim	Mannheim		
Sinsheim	Weiler		

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen: Gendarmerieoberwachmeister Franz Wösch in Müllheim.

Zur Ruhe gesetzt: Hausinspektor Ludwig Wäh bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen.

Zur Ruhe gesetzt bis zur Wiederherstellung der Gesundheit: Pflegerin Juliane Förderer bei der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch.

Auszug aus den Personalveränderungen des Reichsheeres (Mit besonderer Berücksichtigung des Wehrkreiskommandos V) Mit Wirkung vom 1. März 1930 werden befördert: zum Generalleutnant: Generalmajor Fied, Inf.-Führer III; zum Hauptmann: Oberleutnant Thumm, Inf.-Regt. 13; zum Oberleutnant: Leutnant Scherer, Inf.-Regt. 14; zum Leutnant: Oberfähndrich Gudenwitz, Art.-Regt. 5. Gestorben: Major Weipke, Stab 5. Division.

Unsere MÄRZ - GROSSVERKAUFS - TAGE
haben begonnen

Der Wettlauf aller unserer Abteilungen um die Gunst des Kunden — deshalb die außergewöhnlich niedrigen Preise • Nutzen Sie die großen Vorteile dieses Sonderverkaufs

GESCHW. KNOPF, KARLSRUHE

rühjahr 1930

LEIPHEIMER & MENDE

alle Herren- und Damenstoffe zu billigsten Preisen

Galerie Moos
Neue Sonderausstellung
A. Fessler - W. Slick
sowie Graphik erst. deutscher Künstler: Corinth, Frank, Geiger, Liebermann u. a.
März 1930

COLOSSEUM
Täglich 8 Uhr
Wilhelm Millowitsch
Man lacht Tränen!

storbenen Hoteliers Alfons Schwarz wird nach Abhaltung des Schlusstermins aufgehoben. Offenburg, 28. 2. 1930. Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

Badisches Landestheater
Freitag, den 7. März 1930
* F 16. (Freitagmiete)
Th.-Gem. 3. S.-Gr. 2. Hälfte
Der Waffenschmied
Komische Oper von Koching
Dirigent: Krips
Regie: Annemann
Mitwirkende:
Blatt, Grünwald, Seyfert, Gröbinger, Gosch, Kallbach, Kiefer, Oerner, Schöpflin, Aras.
Anfang 20 Ende 22 1/2
Freie C. (1-7 M)

Q.241. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Neufeldt, Konzertdirektion und Musikalienhandlung in Karlsruhe, Waldstraße 39, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlusstermin bestimmt auf: Montag, den 31. März 1930, vorm. 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 142. Karlsruhe, 3. 3. 1930. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Bekanntmachung
§§ 151, 76 Konkursordnung.)
Q.242. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Kurt Neufeldt in

Offenburg. Das Konkursverfahren über den Nachlass des am 8. 5. 1929 in Offenburg ver-

Schenkt Bücher! Wissen gibt Macht!
Drud G. Braun, Karlsruhe